

Bürgerversicherung bleibt umstritten



News Zeitungsrolle

© stockpics / Fotolia.com

Bedeutet die Bürgerversicherung die Zukunft für eine gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems? Oder ist sie ein Irrweg, der weitere Probleme mit sich bringt? Diese Fragen wurden vom Bund der Versicherten bei der 26. Wissenschaftstagung am 22.04.16 in Berlin diskutiert. Vertreten waren Politiker, Experten, Verbraucherschützer und Unternehmensvertreter.

Die Podiumsdiskussion zum Thema begann mit Einigkeit in der Beschreibung der aktuellen Situation. Ja, es gebe Probleme, das bestehende duale System mit PKV und GKV sei nicht optimal, so die Teilnehmer. Einige Beispiele: Steigende Beiträge, eingeschränkte Wechselmöglichkeiten, Überversorgung in bestimmten Bereichen und Unsicherheit bei den Altersrückstellungen.

Doch die Folgen dieser Analyse wurden sehr unterschiedlich bewertet. Hiltrud Pekarek ist Vorstandsmitglied bei Alte Leipziger – Hallesche Konzern. Sie sagt: „In Deutschland gibt es eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Auch der europäische Vergleich sieht gut aus“. Umfragen würden zeigen, dass die große Mehrzahl der Versicherten zufrieden sei. Sie lehnt die Bürgerversicherung ab, es sei nicht richtig, „alle in einen Topf zu werfen“. Für Pekarek besitzt die jetzige Regelung den Vorteil, dass PKV-Versicherte Finanzen ins System einbringen, die auch der GKV zugute kommen würden und sie indirekt mitfinanzieren würde. Außerdem sieht sie bei der Bürgerversicherung eine Gefahr: „Leistungen könnten gekürzt werden“, denn fehlender Wettbewerb schade.

Politik zögert

Das sieht Kathrin Vogler, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, anders. Für Sie handelt es sich um „ein teures System, das aber nur mittelmäßige Ergebnisse zeigt“. Sie spielt damit auf die Gefährdung durch Krankenhauskeime und auf die Überlastung des

Krankenhauspersonals an. Daher sei es klar, dass Veränderungen notwendig seien. Die Bürgerversicherung könne helfen. Zudem Sorge die Bürgerversicherung für mehr Gerechtigkeit, denn „für 60% der Versicherten bedeutet das eine Ersparnis“.

Michael Hennrich ist Bundestagsmitglied für die CDU/CSU und Mitglied im Ausschuss für Gesundheit. Er beklagt den jahrelangen Stillstand in der Politik. „Wir haben Zeit verloren“. Bei den Koalitionsverhandlungen 2013 wurde keine Einigung erzielt, weil die Positionen der Koalitionspartner zu weit auseinander gelegen haben. Aus seiner Sicht wird die Frage der Bürgerversicherung wahrscheinlich erst „in der nächsten Legislatur“ angegangen. Der Politiker befürwortet Reformen, aber innerhalb des bestehenden Systems. So müsse die Frage der „Portabilität der Altersrückstellungen geregelt werden“. Außerdem befürchtet Hennrich neue Ungerechtigkeiten, wenn sich Versicherte zusätzlich zu einer umfassenden Bürgerversicherung noch private Zusatzleistungen kaufen könnten.

Soziale Härten vermeiden

Grundsätzliche Überlegungen stellte Stefan Etgeton, Senior Expert bei der Bertelsmann Stiftung, an: „Es ist eines Sozialstaates unwürdig, dass Krankenversicherung nicht bezahlbar ist“. Es gebe mehrere hunderttausend Menschen, die sich eine Krankenversicherung überhaupt nicht leisten könnten, daher sei ein „Einkommensbezug notwendig“. So könnten soziale Härten vermieden werden. Er wollte sich nicht festlegen, ob eine Bürgerversicherung die Lösung der Probleme wäre. Etgeton meint, dass beide Systeme, sowohl GKV als auch PKV, voneinander profitieren würden. Seiner Meinung nach müsse es einen „Wettbewerb der Systeme geben“, daher sollte ein „verlustfreier Wechsel“ innerhalb der PKV aber auch zwischen GKV und PKV möglich gemacht werden.

Gegen die Bürgerversicherung sprach sich Roland Weber aus. Der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der Deutschen Aktuarvereinigung betonte die Leistungen des bestehenden Systems. Die Kosten seien gar nicht so hoch, im europäischen Vergleich eher ein „Mittelwert“. Es sind lediglich „Reformen im System notwendig, ohne das System zu stürzen“.

Niedrige Zinsen schaden

Die Sicht der Versicherten nahm Axel Kleinlein, Vorstandssprecher beim Bund der Versicherten, ein. In der jetzigen Niedrigzins-Phase sei eine private Vorsorge nur sehr schwer möglich. Wichtig sei „Nachhaltigkeit“, also es dürfe „keine Prämienexplosionen“ geben. Immer mehr Versicherte benötigten Beratung, weil sie die steigenden Prämien nicht mehr bezahlen können. Er fürchte, dass „einfaches Optimieren des Systems nicht mehr ausreicht“. Daher seien umfassende Reformen notwendig.

Wie diese Reformen aussehen werden – ob es eher eine Optimierung innerhalb des Systems oder eine Bürgerversicherung geben wird, die die komplette Struktur der Krankenversicherung umkrempelt – ist ungewiss. Wahrscheinlich wird für die weitere Weichenstellung die politische Konstellation nach der nächsten Bundestagswahl 2017 ausschlaggebend sein.

Klaus Fechner